

Missing Links:

Die neue Rolle von Wissenschaft, Wirtschaft
und Politik im 21. Jahrhundert

Ein Hintergrundpapier von Economist Intelligence Unit für den Future Dialogue,
Berlin, 26. Oktober



Missing Links: Die neue Rolle von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im 21. Jahrhundert

„Die Wissenschaft ist für unseren Wohlstand, unsere Sicherheit, unsere Gesundheit, unsere Umwelt und unsere Lebensqualität wichtiger denn je“, hatte US-Präsident Barack Obama noch im April 2009 erklärt und sich damit auf ein in seiner Antrittsrede gegebenes Versprechen bezogen: nämlich der Wissenschaft trotz der Wirtschaftskrise „ihren rechtmäßigen Platz zurückzugeben“.

Lange Zeit war die Skepsis über die Auswirkungen neuer Technologien, wie etwa durch gentechnisch veränderte Kulturen und Stammzellenforschung, in den USA wie auch in Europa groß. Zunehmend setzt sich aber die Erkenntnis durch, dass Wissenschaft in der heutigen Welt eine zentrale Rolle spielt. Und obwohl es offenkundig ist, dass wir Grundlagenforschung brauchen, um innovative Konzepte für die Probleme des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, müssen sich die Wissenschaftler im Bereich der technologischen Entwicklung auf Unternehmen verlassen, die diese Ansätze in marktreife Lösungen umsetzen. Gleichzeitig müssen sie auf wissenschaftlich orientierte Politiker, die für den geeigneten Rechtsrahmen und die erforderliche Unterstützung Sorge tragen und auf die Bereitschaft einer aufgeklärten Öffentlichkeit vertrauen, diese Technologien als wesentlichen Bestandteil ihres Lebens zu akzeptieren.

Wissenschaft spielt bei der Lösung der Probleme der heutigen Welt eine entscheidende Rolle. Nur ist sie ohne eine effiziente und dynamische Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Politik nicht in der Lage, diese Aufgabe zu bewältigen. An welcher Stelle stehen wir also im Dialog zwischen den Partnern? Wie kann diese Zusammenarbeit verbessert werden?

Wissenschaft und Wirtschaft: Von der Forschung zur Markteinführung

Tatsächlich wird es zwischen Wissenschaft und Wirtschaft immer eine Kluft geben. Denn während sich die einen in erster Linie auf die Grundlagenforschung konzentrieren, um unser Wissen über die Welt zu steigern, richten die anderen das Augenmerk auf die angewandte Forschung, die wiederum wirtschaftlichen Gewinn bringen soll und muss. Dennoch: Der Ideentransfer zwischen den wissenschaftlichen Einrichtungen und den Unternehmen habe sich in den letzten Jahren verbessert,

Einen Durchbruch kann man nicht planen. Alle großen Technologien setzen voraus, dass man Motive ohne Hintergedanken hat.

meint etwa Mario Cervantes, Wirtschaftsexperte für Wissenschaft, Technologie und Industrie in der OECD. Trotzdem bleibt die Befürchtung mancher, dass durch die verstärkte Konzentration auf eine wirtschaftlich relevante Wissenschaft visionäres Denken nicht mehr gefördert wird, bestehen. „Einen Durchbruch kann man nicht planen“, erklärt Marcus du Sautoy, Inhaber des Charles-Simonyi-Lehrstuhls für „Public Understanding of Science“ an der Universität Oxford. „Alle großen Technologien setzen voraus, dass man Motive ohne Hintergedanken hat.“

Trotz allem hat es beim Wissenstransfer immerhin in drei wichtigen Bereichen Verbesserungen gegeben. An erster Stelle steht zunächst einmal die Entwicklung von Wissenschaftsparks oder Clustern neuer technologiebasierter Industrieunternehmen im Umkreis der Universitäten und Forschungsinstitute. Ihren Ursprung hatten diese Wissenschaftsparks in den 1950er Jahren im Silicon Valley und dehnten sich in den 1960ern und 1970ern über Cambridge in Großbritannien, Sophia Antipolis in Frankreich und dem Campus Martinsried in Deutschland auf Europa aus. Von den lokalen Regierungen wird deren Entstehen erst seit einigen Jahren aktiv gefördert. Auch Universitäten zeigen sich mittlerweile sehr viel empfänglicher. Derzeit liegen die USA, allerdings dicht gefolgt von Europa und Asien, mit 140 Wissenschaftsparks an der Spitze. Denn eines ist man sich dort bewusst: Diese Cluster sind es, die den wissenschaftlichen Instituten die Möglichkeit geben, aus ihrer Forschung Profit zu schlagen. Sie wirken auf Unternehmen, die hochkarätige Mitarbeiter suchen, genauso anziehend wie auf Geldgeber, die es auf Seed Investments abgesehen haben.

Der zweite Entwicklungsschub kam mit der Schaffung von eigenen Institutionen, deren Aufgabe es war, die Kommerzialisierung der wissenschaftlichen Forschung zu fördern. So bietet etwa die britische Forschungsorganisation National Endowment for Science, Technology and the Arts (NESTA) akademischen Wissenschaftlern einen direkten Draht zu multinationalen Konzernen und Fremdkapitalquellen an. Mit ihrem Programm klopft NESTA in Zusammenarbeit mit Procter & Gamble beispielsweise die Arbeit von Wissenschaftlern auf deren kommerzielles Potenzial ab und hat damit bereits mehrere erfolgreiche Markteinführungen ermöglicht. Entscheidend für den Erfolg dieser Initiative war es, den Wissenschaftlern zuzusichern, dass die Rechte an ihrer Arbeit nicht verloren gehen, sollten sie zu einem Unternehmen gehen. Die Angst, dass Firmen ihre Patente aufkaufen und so den potenziellen Wettbewerb am Markt gefährden könnten, war damit unbegründet. Auf die Förderung des Technologietransfers spezialisiert hat sich in Deutschland wiederum die 1970 gegründete Max-Planck-Innovation. Aus ihr sind in jüngster Zeit neue und spezialisierte Zentren hervorgegangen.

Die dritte große Veränderung ging von den Unternehmen selbst aus. Hatten sich die Firmen früher noch ausschließlich auf interne Forschungs- und Entwicklungsabteilungen gestützt, so gelangten sie bald zu der Erkenntnis, dass es wichtiger ist, ihre Forschungsgrundlage zu erweitern und ihr geistiges Eigentum (IP) mit Fremdforschern zu teilen. So haben allein in den vergangenen Jahren viele große Technologie-Unternehmen an Universitäten und Forschungsinstituten weltweit so genannte „IP-Scouting“-Zentren eingerichtet, um so den Kontakt mit Forschern zu fördern und zu vereinfachen. Einige haben zudem „Technology-to-Business Accelerators“ entwickelt, die wiederum Geschäftsideen für attraktive Projekte aufspüren und finanzieren. Ziel ist es, dadurch agile, kleine Firmen zu schaffen, die später in größere Unternehmen eingegliedert werden oder als Partner fungieren können. Zwar machen offene Innovationen auch weiterhin nur einen sehr kleinen Anteil am Forschungsbudget

Das Udenkbare denken

Unternehmen neigen eher dazu, kumulative Innovationen zu bevorzugen. Das heißt: Gefördert wird das, was bekanntermaßen möglich ist, nicht aber unerwartete, aber bedeutsame Durchbrüche. Denn ein Durchbruch ist nicht planbar. Andererseits kann ein solcher auch den Geschäftsbetrieb stören, indem er den Markt für bestehende Produkte vernichtet. Und doch sind wissenschaftliche Durchbrüche gerade wegen ihres Potenzials, Paradigmenwechsel einzuleiten, für die Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts

entscheidend. Dasselbe gilt auch für die Schaffung der wettbewerbsfähigsten Technologien – und für diejenigen Unternehmen, die schnell genug sind, sie auch zu entwickeln. Als anschauliches Beispiel aus der Praxis dient der neue Impfstoff gegen Gebärmutterhalskrebs: Wurde früher die Forschung im Zusammenhang mit dem humanen Papilloma-Virus und dem Gebärmutterhalskrebs noch belächelt, so hat inzwischen jener Wissenschaftler, der diese Verbindung entdeckte, den Nobelpreis erhalten. Außerdem wurde ein neuer Zweig der Krebsforschung begründet, der Millionen Menschenleben retten könnte. Folglich haben nun einige Unternehmen ein neues Blockbuster-Medikament im Portfolio – und die Abstrichuntersuchung wird langsam verschwinden.

eines Unternehmens aus, dafür haben aber die meisten Unternehmen mit ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zu neuen Arten des Umgangs mit geistigem Eigentum einen bedeutenden Schritt vorwärts getan.

Zukunftsorientierte Technologie

Manche Probleme bleiben freilich ungelöst, und zwar auf allen Ebenen. Eine große Herausforderung für Unternehmen, betont Mario Cervantes von der OECD, ist es, weniger in Anwendungen als in vorausschauende Technologien zu investieren. Denn obwohl sich diese Ansicht in neuen Technologiefeldern mit offensichtlichem wirtschaftlichem Potenzial wie etwa bei der CO₂-Abscheidung oder in der Biotechnologie durchzusetzen beginnt, ist sie in traditionelleren Bereichen, beispielsweise in der Automobilindustrie, noch kaum verbreitet. Hinzu kommt, dass viele Firmen wegen der Wirtschaftskrise ihre Budgets für die eigentliche Grundlagenforschung gekürzt haben. So hat kürzlich die britische Forschungsorganisation HP Labs – bekannt für ihr Engagement in der reinen Forschung, insbesondere in der Quantenphysik – die Hälfte ihres Personals abgebaut und sich neu auf die Forschung mit einer direkteren Marktanbindung ausgerichtet. Dies kommt sicherlich dem Gewinn zugute, nicht aber der zukünftigen Entwicklung neuer Technologien.

Um nun diese Diskrepanz zwischen dem Streben der Wirtschaft nach Kosteneffizienz einerseits und der Notwendigkeit längerfristiger Grundlagenforschung andererseits zu überwinden, braucht es öffentliche Mittel. Dabei muss klar sein, welche Sparten von Unternehmen bereits ausreichend bemittelt sind und wo die Regierungen noch ansetzen müssen. Es darf nicht vergessen werden, dass sich der Forschungsschwerpunkt der Unternehmen in den letzten 20 Jahren tendenziell von der Rolle des reinen Geldgebers der Forschung hin zu einem effizienteren Modell, das jede längerfristige Forschung vom geschäftlichen Nutzen abhängig macht, verlagert hat. Laut Natascha Eckert, verantwortlich für die Zusammenarbeit mit den Universitäten bei Siemens, liegt der eigentliche Unterschied zwischen der Forschung und Entwicklung (F&E) der Wirtschaft und der wissenschaftlichen Grundlagenforschung mehr in der Motivation als im Zeithorizont. „Wenn wir anfangen,

Wir brauchen Anreize für eine problemorientierte Forschung im öffentlichen Interesse.

haben wir immer ein klares Ziel vor Augen. Wir müssen uns fragen, für wen und wozu etwas gut ist“, sagt Eckert. „In der Grundlagenforschung ist der Wissenserwerb allein ein ausreichendes Ziel – ganz egal, ob die Theorie verifiziert oder falsifiziert wird.“

Die Notwendigkeit nicht ausschließlich zielorientierter Forschung lässt eindeutig mehr Raum für staatliche Finanzierung. Allerdings hat in den meisten Ländern die Unternehmensfinanzierung in den letzten Jahren die öffentlichen Mittel tendenziell eher ersetzt als ergänzt. Denn auch die Zuweisung der öffentlichen Mittel orientiert sich häufig sehr stark an wirtschaftlich verwertbaren Ergebnissen, zumal diese innerhalb der Wahlperioden leichter zu rechtfertigen sind als visionäre Forschung. Ein neuer Trend führt derzeit zu breiter angelegten und längerfristigen öffentlich-privaten Partnerschaften, wie etwa den Innovationssystemen und Forschungsnetzwerken in Frankreich und dem australischen Programm der kooperativen Forschungszentren. Diese werden von Staat und Privatwirtschaft gemeinsam finanziert und können dazu beitragen, die staatlichen Mittel direkt der Technologieentwicklung zuzuleiten sowie den durch die Finanzkrise bedingten Wegfall von Beteiligungs- und Startkapital auszugleichen.

Aber auch die Wissenschaftler müssen sich an eine sich ständig verändernde Welt anpassen. Was sie mehr denn je benötigen, sind Anreize für eine hochwertige Forschung mit wirtschaftlichem Potenzial. So tendieren etwa viele US-Universitäten bereits stark in Richtung Gewinn, Patente und Start-ups – ein Prozess, der auch in Großbritannien schon weit fortgeschritten ist. In Deutschland wiederum liegt das Motiv der Wissenschaftler in erster Linie in akademischen Preisen und Erwähnungen begründet, obwohl auch hier bereits ein stark marktorientierter Fokus zu erkennen ist.

Allerdings brauchen wir heute nicht unbedingt eine Wissenschaft, die sich weiter kommerzialisiert, sondern vielmehr eine, die sich der Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts annimmt. „Das Maß für Erfolg sollten nicht nur Patente sein, sondern auch die Berücksichtigung allgemeiner Werte wie Umwelt, sauberes Wasser, sichere Städte und so weiter“, so Andreas Trepte von der Max-Planck-Gesellschaft. „Wir brauchen Anreize für eine problemorientierte Forschung im öffentlichen Interesse.“

Auf dem Weg zu einer echten Wissenschaftspolitik

Warum akzeptiert aber die Öffentlichkeit Innovationen wie iPhones oder Gesichtscremes mit Nanopartikeln, während zum Beispiel gentechnisch veränderte Lebensmittel oder die Stammzellenforschung so umstritten sind?

Es gibt kein einfaches Rezept für die Vermarktung von Innovationen aus dem Labor – selbst mit öffentlicher Unterstützung. Dennoch haben Wissenschaftler, Politiker und Unternehmen aus den Debatten über Wissenschaft und Technologie um die Jahrtausendwende drei wesentliche Lektionen gelernt: Erstens die Öffentlichkeit von Anfang besser einzubeziehen. Das Debakel um gentechnisch veränderte Kulturen in Europa hat gezeigt, wie es nicht ablaufen sollte. Damals wurde die Technologie ohne große Diskussion auf den Markt gebracht. In einer demokratischen Welt mit einer tief verwurzelten Skepsis gegenüber Regierungen und Großunternehmen sowie einer wachsenden Macht von Nichtregierungsorganisationen (NRO) genügt es nicht, so zu tun, als sei alles in Ordnung. Niemand

möchte vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die Öffentlichkeit reagierte darauf unverhohlen ablehnend.

Zweitens muss die Diskussion über eine neue Technologie auch weitergehende Fragen einbeziehen, vor allem was den Umgang mit Macht, Autorität und Kontrolle betrifft. So hatte die europäische Öffentlichkeit gerade in der Gentechnikdebatte erhebliche Bedenken gegen die Interessenspolitik der Großkonzerne, die Besitzverhältnissen in der Nahrungsmittelproduktion sowie die unsichere Zukunft der kleinflächigen Landwirtschaft geäußert. Aber auch die Frage der Sicherheit spielte eine wesentliche Rolle. In Großbritannien dagegen war die Debatte rund um die Stammzellenforschung – ein weiteres kontroverses Thema – viel breiter angelegt. „Es gab eine echte Bereitschaft zur Offenheit, ehrlich mit den Gegnern der Technologie zu diskutieren“, sagt der Direktor des Science Policy Centre der Royal Society, James Wilsson. „Sie hat den Weg für eine öffentliche Unterstützung der Wissenschaft geebnet.“ In Deutschland hingegen verlief die Debatte polarisierend. Kein Wunder, dass es dort der Öffentlichkeit merklich schwerer fiel, die Stammzellenforschung anzunehmen.

Die dritte Lektion, die Politik und Öffentlichkeit zu lernen haben, besteht darin, dass beide Seiten weit mehr von Wissenschaft und wissenschaftlichen Prozessen verstehen müssen, um überhaupt in einen echten Dialog über die tatsächlichen Konsequenzen der neuen Technologien treten zu können. „Wenn man die Wissenschaft nicht versteht, ist die Wahrscheinlichkeit einer hysterischen Reaktion größer“, betont Marcus du Sautoy von der Universität Oxford. „Die Menschen wollen einfache Antworten, aber sie verstehen nicht, was es heißt, über das wissenschaftliche Risiko zu sprechen. Nur durch die Wissenschaft kann man nachvollziehen, was in der Zukunft geschehen wird, bevor es geschieht. Wenn wir etwas nicht wissen, müssen wir es nur sagen. Genauso wenn sich etwas in die eine oder die andere Richtung bewegen könnte.“

Wenn man die Wissenschaft nicht versteht, ist die Wahrscheinlichkeit einer hysterischen Reaktion größer.

Die Debatte über Chancen und Risiken

Die Wissenschaftspolitik selbst steckt daher noch in Kinderschuhen. Leider wird die Wissenschaft von den Regierungen immer noch mehr zur Stützung ihrer eigenen Position missbraucht als zur Anregung einer echten Debatte über politische Optionen und Risiken. Freilich: Neue Technologien lösen nicht nur Probleme, sondern sorgen auch für neue Probleme. „Die Debatte wird nach wie vor sehr stark von Schwarz-Weiß-Denken bestimmt“, erklärt Wilsson. „Entweder ist man für oder gegen die Wissenschaft; eine Technologie ist entweder gut oder schlecht. Wir müssen jedoch zu einer strukturierteren Debatte übergehen. Wann ist eine Technologie gut, wann ist sie schlecht? Wie und wann konzentrieren wir uns auf Risiken? Wofür sollten wir die knappen öffentlichen Mittel einsetzen?“

Die Einbeziehung der Öffentlichkeit hat man wiederum den Wissenschaftlern überantwortet. Während diese früher noch mit Fachkollegen über ihre Arbeit sprachen, gibt es nun einen Konsens darüber, dass heute vor allem Vorträge und Publikationen eine breitere Legitimation in der Öffentlichkeit für ihr Tun schaffen können. Dies zeigt sich in der Unmenge populärwissenschaftlicher Bücher und Fernsehsendungen, die den Laien die neuen Forschungsergebnisse erklären wollen. Ein weiteres Beispiel ist auch der Wissenschaftszug „Science Express“ der Max-Planck-Gesellschaft. Es handelt sich dabei um eine Wanderausstellung auf Rädern, die erklärt, wie durch die Wissenschaft die Zukunft gestaltet wird. Gleichzeitig wird damit der Öffentlichkeit, den Politikern, den Geschäftsleuten

Hassliebe zur Wissenschaft

Wie die Öffentlichkeit Wissenschaft und Wissenschaftler sieht ist je nach Disziplin verschieden. So stößt beispielsweise der Bereich der von der Gentechnik-Hysterie geschwächten landwirtschaftlichen Biotechnologie immer noch auf breite Ablehnung. Wissenschaftler, die sich

mit Klimawandel beschäftigen, genießen dagegen hohes Ansehen. Die Menschen sorgen sich um die Erderwärmung und sehen die Wissenschaft als Teil der Lösung, da sie saubere Technologien und erneuerbare Energien möglich macht. Dies gilt auch für den Bereich der Biomedizin: Hier ist die Öffentlichkeit an den Gebrauch pharmazeutischer Produkte mittlerweile gewöhnt und steht der Genomforschung und der mit ihr einhergehenden personalisierten Medizin tendenziell positiv gegenüber.

und Wissenschaftlern ein Forum zur Diskussion über die Konsequenzen geboten.

Allerdings wird sich diese Dynamik mit dem Erscheinen neuer wissenschaftlicher Innovationen verändern. So gibt es allein in dem bereits von Barack Obamas wissenschaftlichen Beratern John Holdren und Stephen Chu angesprochenen Bereich des Geo-Engineering eine Fülle von Möglichkeiten, die genügend Raum für Kontroversen bieten. Die Bandbreite reicht vom Streichen von Hausdächern in weiß über das Verstärken von Wolkenschichten bis hin zum Einbringen von Kohlendioxid in die Ozeane. „Man kann die Strategie der NROs bereits erkennen“, erklärt Wilsdon von der Royal Society. „Da ist alles drin: Exzentrische Vorschläge von Wissenschaftlern sowie ein hohes Maß an Unsicherheit und viele technologische Lösungen, bei denen klar ist, dass wir gesellschaftliche und politische Veränderungen brauchen.“ Um einen Konsens über Sinn oder Unsinn bestimmter Technologien zu erzielen, benötigen wir eine breitere und offenere Debatte über die politischen Optionen. Auch im Gesundheitswesen zeichnen sich „Kämpfe“ ab, zum Beispiel in der Molekularmedizin: So wird diese nicht nur eine individuell zugeschnittene Behandlungen für Patienten ermöglichen, sondern uns auch auf ein gefährliches Terrain ethischer Fragen rund um lebensverlängernde Medizin und künstliches Leben führen.

Aufgaben der Politik

Soll die Debatte über diese Themen konstruktiv verlaufen, sollten sich nicht nur die Wissenschaftler auf Öffentlichkeit und NROs einlassen müssen. Denn auch die Politiker spielen eine wichtige Rolle: Zum einen müssen sie, um den Risiken der neuen Technologien unmittelbar begegnen zu können, einen proaktiven Regulierungsrahmen schaffen. Ein Beispiel dafür ist die Nanotechnologie, die bereits schrittweise Eingang in Alltagsprodukte von wie Kosmetika über Kleidung bis hin zu Gebäuden gefunden hat. Die Diskussion unter Wissenschaftlern wird offen geführt, wobei sich diese sowohl auf die Chancen, als auch auf die möglichen Risiken konzentriert. Dennoch werden die Anwendungen weiterhin mit freiwilligen Verhaltenskodizes reguliert, während für das Verständnis oder die Überwachung der realen Risiken erstaunlich wenig Geld ausgegeben wird.

Zum anderen muss die Politik, anstatt ihr eigenes Profil auf dem Rücken der Wissenschaft zu schärfen, eine ausgewogene Diskussion über die von den neuen Technologien hervorgerufenen politischen Optionen sicherstellen. Anders würde die Glaubwürdigkeit der Wissenschaftler Schaden nehmen und auch das Vertrauen der Bevölkerung verringert. Geld in die Wissenschaft zu pumpen,

um die Wirtschaft anzukurbeln oder den Planeten zu retten, generiert Erwartungshaltungen und neue Fragen. Zur Beantwortung dieser Fragen bedarf es aber eines offenen Dialogs aller Beteiligten: Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Wissenschaft, Wirtschaft und gesellschaftlicher Nutzen in einer globalisierten Welt

Tatsache ist, dass Forschung und Entwicklung noch bis vor kurzem vor allem als nationales Phänomen wahrgenommen wurden. Die Regierungen förderten die Forschung im eigenen Land und stärkten damit die Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Unternehmen. Ihre Aufgabe war es, die Ergebnisse der vom Steuerzahler vorfinanzierten Technologieforschung in Produkte umzusetzen und im Inland herzustellen. Dieser positive Kreislauf funktioniert nun nicht mehr. Während die öffentliche Förderung und die Forschungseinrichtungen noch national sind, führt die F&E oft zur Verlagerung von Arbeitsplätzen an billigere Standorte. Aber auch die F&E selbst wird zunehmend in Länder wie China oder Indien mit ihren riesigen Märkten und Unzahl billiger Ingenieure ausgelagert.

Dass nun diese Probleme darüber hinaus auf internationaler Ebene gelöst werden müssen, wirft ein ganzes Bündel neuer Fragen auf. Beispielsweise müssen neue Technologien entwickelt und eingeführt werden, die dem Klimawandel in allen Bereichen – von der Energieversorgung über den Verkehr bis hin zu umweltfreundlichen Gebäuden – begegnen. Nur wie können die Regierungen ermutigt werden, öffentliche Fördermittel für die Forschung international zu bündeln, auch wenn die Steuerzahler im Hinblick auf profitablere Unternehmen und sichere Arbeitsplätze nationale Ergebnisse sehen wollen? Und wie können die Unternehmen dazu bewegt werden, in F&E zu investieren und gleichzeitig Spitzentechnologien in die Schwellenländer zu transferieren?

Für die Bewältigung der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist vor allem eines erforderlich: Es muss ein neues Gleichgewicht zwischen internationalen und nationalen Bedürfnissen, zwischen dem wirtschaftlichen und dem gesellschaftlichen Nutzen der Technologien und zwischen den Gefahren der technischen Weiterentwicklung und denen der Untätigkeit gefunden werden. Während die Welt beginnt, sich im Kampf gegen den Klimawandel voll zu engagieren, Lösungen für die fortschreitende Urbanisierung sucht und die Gesundheitsversorgung verbessern will, hat die komplexe Debatte über die gesunde Beziehung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik eine neue Dimension erreicht.

Es muss ein neues Gleichgewicht zwischen internationalen und nationalen Bedürfnissen gefunden werden.

GENEVA

Boulevard des Tranchees 16
1206 Geneva
Switzerland
Tel: +41 22 566 24 70
E-mail: geneva@eiu.com

LONDON

25 St James's Street
London, SW1A 1HG
United Kingdom
Tel: +44 20 7830 7000
E-mail: london@eiu.com

FRANKFURT

Bockenheimer Landstrasse 51-53
60325 Frankfurt am Main
Germany
Tel: +49 69 7171 880
E-mail: frankfurt@eiu.com

PARIS

6 rue Paul Baudry
Paris, 75008
France
Tel: +33 1 5393 6600
E-mail: paris@eiu.com

DUBAI

PO Box 450056
Office No 1301A
Thuraya Tower 2
Dubai Media City
United Arab Emirates
Tel: +971 4 433 4202
E-mail: dubai@eiu.com